

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Neudruck Berlin  
Verleger: Hermann  
Rönisch, Berlin  
Schulstraße 24, 10111  
Telefon: 1, 10111

Belegpreis vom 1. 10. 23. September 1923 bei 100%iger Aufschlag für Post 1.70 Mk.  
Abonnementpreis für Monat September 1.40 Mk. ohne Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.  
Kaufpreis 15 Pf. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet.  
Die einfache Zeile 30 mm breite Seite 40 Pf., für außerorts 40 Pf. Familienanzeigen und Stellen-  
angebote 20 Pf., werblich 25 Pf., die 20 mm breite Zeile 200 Pf., außer-  
halb 250 Pf. Offertengelder 20 Pf. Unentgeltliche Beiträge gegen Veranlassung

Druck u. Verlag: Rönisch & Heilmann,  
Berlin, Schulstr. 24, 10111  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Verb. Nachr.) zulässig. Unentgeltliche  
Belegpreise werden nicht anbehalten

## Rönisch-Flügel

Höchster  
Klangadel

## Rönisch-Pianos

Edelste  
Tonfülle

## Rönisch-Phonola-Instrumente

Ein Segen für die klavierspielende Menschheit! Edvard Grieg

24 Waisenhausstraße 24

Größte Ausstellungsräume eigener Fabriken am Platze

# Gegen die Parlamentsherrschaft

## Deutschnationaler Gesetzentwurf in Arbeit

### Für das Stahlhelm-Volksbegehren

Berlin, 25. Sept. Die deutschnationalen Pressestellen teilen mit: „Die Deutschnationalen Volkspartei hat durch Entschliebung vom 7. Dezember v. J. den Kampf um die Reform der Weimarer Verfassung aufgenommen. Sie hat dabei die Forderung in den Vordergrund gestellt, auf die es in erster Linie ankommt: Die Befestigung der Parteidiktatur durch Änderung der Bestimmungen über die bindende Kraft des Mißtrauensvotums. Mit dieser Forderung führte sie unter der Wahlparole „Mehr Macht dem Reichspräsidenten“ den letzten Wahlkampf. Die Kundgebung des Stahlhelms am 23. September, in

welcher er die Parteien aufforderte, gemeinsam mit ihm ein Volksbegehren auf Verfassungsänderung vorzubereiten, kann von der Deutschnationalen Volkspartei nur mit Freude begrüßt werden. Denn der Kampf kann nur gewonnen werden, wenn er nicht allein von einer Partei getragen, sondern auf breiter Grundlage geführt wird. Die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf, der einem Volksbegehren zugrunde zu legen ist, sind von der Deutschnationalen Volkspartei bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen. Sie ist zu der gemeinsamen Arbeit mit dem Stahlhelm selbstverständlich bereit.“

## Die unsichere Koalition

Die Blätter fallen und der Termin rückt in greifbare Nähe, an dem es sich entscheiden muß, ob aus dem jetzigen fraktionsmäßig nicht gebundenen Kabinett der „Persönlichkeiten“ eine regelrechte Große Koalition werden soll. Bis der Reichstag in die Ferien ging, war es gerade die Zentrumspresse, die mit Nachdruck betonte, daß ein Ausbau der Koalition unbedingt nötig sei, da die Zusammensetzung des Reichstags und die der Erfüllung harrenden Aufgaben sowohl auf innen- wie auf außenpolitischem Gebiet das Zustandekommen einer starken, auf breiter parlamentarischer Grundlage ruhenden Regierung notwendig machten. Inzwischen hat sich aber mancher empfindliche Raubreif auf die Tätigkeit der Zentrumspresse gelagert, und es ist daher begreiflich, daß das Zentrum anfängt, seine kritische Ader mehr hervortreten zu lassen. Die sozialistische Politik wird in den Organen des Zentrums seit einiger Zeit hart durch den Kaffee gezogen, und namentlich erregte die gleichzeitig gegen Sozialisten und Demokraten gerichtete scharfe Abfrage an die „dunklen Maschinen“ der Breitscheid-Bernhardtschen Nebenregierung in Genuß allgemeines Aufsehen, nicht zum wenigsten deshalb, weil sie von dem Berliner Organ des linken Parteiflügels ausging. Den interessantesten Einblick in die augenblickliche Verfassungsführung des Zentrumskreises eröffnet aber die auf dem jüngsten Chemnitzer Parteitag von Dr. Marx gestaute Äußerung, daß man das Kabinett der Mitte in seinem gegenwärtigen Bestande noch eine Zeitlang gewähren lassen wolle, um abzuwarten, ob sich für später eine Umwidmung empfehle. Ein Berliner demokratisches Blatt hat jetzt die Auslassung von Dr. Marx dahin ergänzt, daß in diesem Sinne auch ein formelles Fraktionsabkommen getroffen werden sollte, das aber durch die vorzeitige indiscrete Veröffentlichung der Abfrage durchkreuzt worden sei. Ablegungsversuche sind mißglückt, da sie in ihrer gewundenen Form nur indirekt befruchtigen.

## Das Ergebnis der Hindenburg-Manöver

### Das Urteil des Reichswehrministers

Berlin, 25. September. Nach Beendigung des großen Manövers nahm Reichswehrminister Groener an der Besprechung bei Seeburg teil. Er benutzte diese Gelegenheit, um sich an die Offiziere und Mannschaften mit einigen Worten zu wenden. Zwei Dinge seien ihm besonders ins Auge gesprungen: Einmal die große Armut an modernen Kampfmitteln, dann aber demgegenüber der große Reichtum an Kenntnissen, Passion, Intelligenz und Leistungsfähigkeit in allen Teilen des Heeres. Unsere Armee an modernen Kampfmitteln sei ungenügend durch den Versaillesvertrag bedingt. Es sei unsere Pflicht, dauernd und zäh für die Gleichberechtigung Deutschlands auch auf dem Rüstungsgebiet zu kämpfen und wenigstens theoretisch alle Erzeugnisse der Technik und alle Neuentdeckungen auf dem Gebiet der modernen Kampfmittel zu studieren. Der Hauptteil liegt für uns nur auf dem Gebiet der Ausbildung und Erziehung von Führern und Truppen. Als persönliche Erfahrung in diesem Manöver vermerkt der Minister die vortreffliche Haltung der Truppen auf dem Marsch und im Gefecht. Er sprach seinen Dank allen Soldaten, vom höchsten Führer bis zum jüngsten Kämpfer, für die vortreffliche Leistung aus, insbesondere aber dankte er dem Chef der Heeresleitung, General Grev.

„Zum Abschluß anspreche Befehlshabern, Kommandanten und Befehlshabern Dank und volle Anerkennung für pflichterfüllte Arbeit und vortreffliche Leistungen. Ich wünsche glückliche Fahrt und reiche Erfolge im Dienst Vaterlandes und allen Kameraden von Herzen alles Gute.“

### Auch Admiral Raeder nicht genehm

Demokratischer Vorstoß gegen den Chef der Marineleitung

„Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung“  
Berlin, 25. Sept. Das demokratische „Berliner Tageblatt“ unternimmt heute aus noch nicht recht erkennbaren Gründen einen scharfen Vorstoß gegen den neuen Chef der Marineleitung, Vizeadmiral Dr. h. c. Raeder, den es in Zusammenhang mit dem Rapp-Putsch bringt. Vizeadmiral Raeder, so erklärt das demokratische Organ, sei während des Rapp-Putsches erster Adjutant des damaligen Marinechefs v. Trotha gewesen. Personen, die während des Rapp-Putsches die Vorgänge in der Marineleitung genau beobachten konnten, gäben heute noch ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß der eigentliche spiritus rector in der Marineleitung Vizeadmiral Raeder gewesen sei. Als sich die Marineleitung nach dem Zusammenbruch des Rapp-Putsches schon wieder auf den Boden der Tatsachen gestellt hätte, hätte Raeder noch die Verhaftung von Männern in Kiel empfohlen, von denen er gewußt hätte, daß sie sich entschieden gegen den Rapp-Putsch eingestellt hätten. Außerdem hätte Raeder mit allen Mitteln versucht, den Admiral v. Leyeow, der an dem damaligen Blutvergießen in Kiel die Schuld getragen habe, zu halten und zu stützen.

### Abschiedsgruß Admiral Zenters an die Flotte

Wilhelmshaven, 25. Sept. Nach Beendigung der Herbstverbandsübungen und Rückkehr der Seestreitkräfte in die Heimathäfen hat der Chef der Marineleitung Admiral Zenter, der in diesen Tagen aus seinem Amte scheidet, an die Flotte folgendes Signal als Abschiedsgruß gegeben:

Von unterrichteter Seite wird zu diesen Behauptungen des demokratischen Blattes erklärt, daß sie vollkommen irrig seien. Vizeadmiral Dr. Raeder habe sich während des Rapp-Putsches in vollkommen einwandfreier Weise benommen, und es bestände keinerlei Anlaß zu dem Verdacht, daß er mit den Rappleuten irgendwie konspiriert hätte.

## Das Großflugzeug „Deutschland“ verbrannt

### Passagiere und Besatzung gerettet

Krumbach, 25. Sept. Heute mittag unternahm hier ein Verbandsflugzeug der Deutschen Luftkassa, das sich auf der Fahrt nach Berlin befand, eine Zwischenlandung wegen Motorfehlers. Als die Passagiere und die Bordbesatzung das Flugzeug verlassen hatten, ging dieses in Flammen auf und verbrannte vollständig.

Bemerkung von Krumbach auf einem Abhang niederzugehen. Bei dem Aufsetzen der Maschine auf den Erdboden wurden die Anlassen durcheinandergerückt und zum Teil auch zu Boden geworfen. Gleichzeitig bemerkte der Flugzeugführer, daß aus der Motorhaube Rauch ausströmte. Er forderte daher die Passagiere auf, eiligst aussteigen zu lassen. Als sämtliche Passagiere und die Bordbesatzung das Flugzeug verlassen hatten, schlugen, vermutlich aus dem Vergessen, plötzlich Flammen heraus, die bald das ganze Flugzeug ergriffen. Noch bevor Hilfe zur Stelle war, ging die „Deutschland“ völlig in Flammen auf.

Wie weiter berichtet wird, ist das verbrannte Flugzeug das Flugzeug der Strecke Paris-Berlin, „Deutschland“, eine Schwermaschine des Großflugzeug-„Germania-Abtl.“ Die „Deutschland“ befand sich mit acht Passagieren und vier Mann Besatzung auf dem Flug von Paris nach Berlin und hatte gegen 11 Uhr vormittags eine Zwischenlandung in Köln vorgenommen. Gleich nach dem Wiederaufstieg in Köln bemerkte der Flugzeugführer, daß der Motor nicht regelmäßig arbeitete. Er entschloß sich daher, in der Nähe von Dortmund in der

Wie die Deutsche Luftkassa auf Anfrage mitteilt, konnte die Ursache des Brandes, durch den das Großflugzeug „Deutschland“ zerstört wurde, nicht mehr festgestellt werden, da der Apparat vollkommen vernichtet ist. Man vermutet, daß beim Aufsetzen auf den Boden ein Benzinzuleitungsrohr gebrochen ist. Von den acht Passagieren, die sich vor Ausbruch des Brandes rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, waren vier Ausländer.